

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 15.12.2005
im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:45 Uhr

Anwesende:

- Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
- 1. Bgmstv. Mag. Manfred Weiskopf
- 2. Bgmstv. Ing. Helmut Waltle
- StR Mag. Manfred Jenewein
- StR Hubert Niederbacher
- StR Konrad Bock
- GR Eva Lunger
- GR Richard Reinalter (ab 18:30 Uhr)
- GR Stefan Oberdorfer
- GR Markus Gerstgrasser
- GR Dipl.Ing. Andreas Pfenniger
- GR Franz Huber
- GR Waltraud Handle
- GR Mag. Kurt Leitl
- GR Dr. Martin Hochstätter
- GR-Ers. Simone Luchetta
- GR-Ers. Christian Riedhofer
- GR-Ers. Herbert Mayer

Abwesend und entschuldigt:

- StR Ing. Bernhard Wolf
- GR Ing. Thomas Hittler

Weiters anwesend:

- Dr. Engelbert Schneider
- Ing. Konrad Sailer
- Walter Gaim

Schriftführerin: Beate Luchner

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge ab 01.01.2006
3. Begründung für Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2006
4. Voranschlag 2006; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2007 - 2008
5. Antrag des Stadtrates
(Vergabe Fischereipacht)
6. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
(Verpflichtungserklärungen – Felssicherung Prandtauerweg; Ausbaggerung Inn/Sanna; Grundverkauf – Pircher Gerhard)
7. Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses
(Örtliche Raumordnung: Bebauungsplanänderung Steinlechner, Bruggfeldstraße; Behandlung Stellungnahmen Widmungsänderung Campingplatz Huber)
8. Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses
(Wohnungsvergaben)
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges
10. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die Beschlussfähigkeit fest und geht sodann auf die Erledigung der Tagesordnung über.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Gemeinderates im Jahre 2005 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 2) der TO.: **Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge ab 01.01.2006**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, StR Mag. Jenewein, den Vortrag. Er bringt dem Gemeinderat den Antrag betreffend

der Festsetzung der Gemeindesteuern, -gebühren und -abgaben ab 01.01.2006, welcher dieser Niederschrift als Bestandteil beigeschlossen wird, zur Kenntnis:

Er berichtet, dass es in einigen Bereichen moderate Erhöhungen analog der Inflationsrate gebe. Einige Positionen blieben unverändert zB die Wassergebühr. Im Bereich der Müllgebühr gebe es eine 5%ige Erhöhung, aber sei man weiterhin von einer Kostendeckung in diesem Bereich weit entfernt.

StR Bock stimmt dem zu, dass es in vielen Bereichen eine vertretbare Erhöhung gebe. Nicht einverstanden sei die ÖVP mit der Kurzparkzonenregelung. In diesem „Budgetgemeinderat“ werde man wieder für ein ganzes Jahr entscheiden. Landeck sei eine Handels- und Dienstleistungsstadt und spiele hier das Parken eine entscheidende Rolle. Laut der Fa. Regionalconsulting verlieren Innenstädte an Attraktivität und gebe es vier Bereiche zum Gegensteuern: Erreichbarkeit, Atmosphäre, Auswahl und Parkplatz (lt. Fa. Regionalconsulting spiele die Parkplatzsituation eine zentrale Rolle). Die Atmosphäre, die Erreichbarkeit und auch die Auswahl seien recht gut. Die Anzahl der Parkplätze in Landeck sei in Ordnung. Kurzparkzone ja, aber Gebührenfrei; max. Parkdauer 2-3 Stunden. Hier könnte man ein Highlight schaffen. Er stelle daher den Antrag, über die Parkplatzgebühren (ersten zwei Stunden gebührenfrei, vorerst evt. Probeweise für zB 1-2 Jahre) und die restlichen Gebühren separat abzustimmen.

GR Dr. Hochstätger zeigt sich zufrieden mit der Gebührenfestsetzung. In Sachen Müllgebühr bleibe die Gemeinde auf dem Unsicherheitsfaktor sitzen. Die Müllgebühr sei bei weitem nicht kostendeckend, aber sei der Finanzausschuss hier sehr behutsam vorgegangen. Vielleicht schaffe es die Gemeinde ja einmal, in einem Bereich billiger zu werden, denn auf der Rechnung sehe niemand die Inflation, sondern nur die Erhöhung. Zum Thema Kurzparkzone gebe es seiner Meinung nach versch. Betrachtungsweisen. Wesentlich sei, dass Bewegung in die Sache komme. 35 Cent sei sehr billig und sei es der Wunsch des Handels und der Leistungsgemeinschaft, dass Parken nichts kosten solle. Er glaube nicht, dass man in diesem Gemeinderat einen Kompromiss finden werde, und macht den Vorschlag, der Finanzreferent soll einen Vorschlag ausarbeiten und soll darüber in einer anderen Gemeinderatsitzung entschieden werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Finanzausschuss wirklich bemüht gewesen sei, einen angemessenen Rahmen zu finden. Bei der Müllsituation könne man derzeit nur zuwarten. Zum Thema Parken sei er der Meinung, dass dies heute eine Minute nach zwölf sei. Vorschläge hätten während der Budgetsitzungen kommen sollen. Weiters sei diese Studie der Fa. Regionalconsulting allgemein und nicht auf Landeck 1:1 umsetzbar. Ein erster Schritt sei mit Einführung der Parkmünze getan und werde man in diesem Bereich sicher noch weiter diskutieren.

GR Mag. Leitl stimmt zu, dass die Erhöhungen moderat seien, und leider sei es so, dass man ohne Erhöhungen nicht auskomme. Er liest nachstehenden Antrag des AAB über die Anschlussgebühren bei landwirtschaftlichen Gebäuden vor und ersucht, diesen an den zuständigen Ausschuss weiterzuleiten. Für die Gemeinde seien dies nämlich nur kleine Beträge, für den einzelnen jedoch oft große Belastungen.

Der AAB-Landeck stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat::

Dass junge Menschen eine Landwirtschaft gründen ist in der heutigen Zeit ein seltenes Ereignis. Andererseits muss die Gesellschaft froh darüber sein, wenn dies doch hin und wieder geschieht.

Für Neubauten ist es üblich, dass Anschlussgebühren für Kanal und Wasser je nach umbautem Raum verlangt werden. So auch für landwirtschaftliche Gebäude.

Der AAB-Landeck stellt den Antrag die Anschlussgebühren für neue landwirtschaftliche Gebäude z streichen, wenn eine neue Hofstelle gegründet wird.

Der AAB-Landeck ersucht um die Zuweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuss.

Der Vorsitzende teilt mit, dass derzeit bei landwirtschaftlichen Gebäuden nur die Hälfte der Anschlussgebühren verrechnet würden. Man habe darüber bereits im Finanzausschuss diskutiert und sei dieses Thema zur weiteren Diskussion vorgemerkt.

StR Bock ist der Meinung, dass es in Hinsicht auf die Parkgebühren nicht zu spät sei. Wichtig sei es, Landeck als Standort abzusichern. Er sehe auch nicht den Druck einer Budgetgemeinderatsitzung.

GR Mag. Jenewein erklärt, er könne die ewigen Diskussionen zum Parken nicht verstehen. Im Wirtschaftsausschuss habe man Stadtpolizist Köhle Wolfgang zu diesem Thema eingeladen und habe dieser mitgeteilt, dass es in Landeck keinen Rückgang beim Parken gebe und wolle man die Wirtschaft umbringen, so Köhle, dann müsse man die gebührenfreie Kurzparkzone einführen.

Nach weiterer Diskussion über die Vor- und Nachteile von gebührenfreier Kurzparkzone sichert der Vorsitzende StR Bock zu, diesbezüglich im Frühjahr (März/April) eine Entscheidung zu treffen.

Abschließend werden die Steuern, Gebühren, Abgaben und Beiträge ab 01.01.2006 vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 3) der TO.: **Begründung für Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2006**

Gem. § 15 Abs. 1 Z. 7 VRV sind die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag im Rechnungsabschluss zu erläutern. Die Finanzverwaltung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, Abweichungen gegenüber dem Voranschlag 2006 ab dem Betrag von € 100.000,00 im Rechnungsabschluss 2006 zu erläutern.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 4) der TO.: **Voranschlag 2006; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2007 – 2008**

Zu diesem Tagesordnungspunkt trägt der Obmann des Finanzausschusses, StR Mag. Jenewein, nachstehenden Bericht zum Entwurf des Voranschlages 2006 vor:

Einige Rahmenbedingungen für das Budget 2006

Unerwartete, einmalige Ausgaben: Hochwasserschäden – Flussbau € 75.000 für 2005

(€ 125.000 insgesamt) – Gemeinde muss 10 % der Kosten zahlen

Steinschlagschutz Prandtauerweg: € 41.000 (= 25 %-Anteil der Gemeinde)

Bei unserer **größten Einnahmen-Position**, den **Ertragsanteilen** (also unserem Anteil am bundesweiten Steuerkuchen), gibt es nach mehreren „traurigen“ Jahren erstmals wieder eine erfreuliche Entwicklung. Gegenüber dem Jahr 2005 werden die Ertragsanteile im nächsten Jahr um 5,5 % (oder rund € 220.000) steigen. Trotzdem erreichen wir nächstes Jahr erst wieder den Betrag, den wir schon 2001 bekommen haben – während also ein Großteil der Ausgaben in diesen 5 Jahren zumindest um die Inflationsrate gestiegen ist, wurde die größte Einnahmen-Quelle in diesem Zeitraum „eingefroren“: das reduziert natürlich den Handlungsspielraum beträchtlich. – als Vergleich dazu die Entwicklung des Beitrages zum Krankenanstaltenfinanzierungsfonds zwischen 2001 und 2006

Zum Budget 2006 im Detail:

Auch für das Jahr 2006 kann ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden:

Ordentlicher Haushalt: € 16.150.500

Plus von 4,95 % (2005: € 15.388.000)

(die überdurchschnittliche Steigerung hängt vor allem mit den einmaligen Investitionen im Bereich Strassen zusammen)

AO-Haushalt: € 1.599.800

Minus von 51 % (2005: € 3.270.800)

Zusammen: € 17.749.800

Minus von 4,87 % (2005: € 18.658.800)

Einnahmen - ordentlicher Haushalt:

Besonderheiten: Teilweise Auflösung der Getränkesteuer-Rücklage € 200.000,-- (im letzten Jahr mussten wir € 350.000 „aktivieren“, heuer nur noch € 150.000, die Differenz wird nun aufgelöst); Vorgriff auf den Überschuss 2005: € 100.000 (je € 50.000 Maisengasse und Strasse Ober- und Unterhöfe)

Nicht zuletzt durch diese beiden Maßnahmen ist es möglich, im Jahr 2006 mehrere „größere Brocken“ im Straßenbau zu realisieren

Ausgaben – ordentlicher Haushalt:

Einige wichtige Kennzahlen bzw. Eckdaten:

Personalkosten: von € 5.046.100 (im Jahr 2005) auf **€ 5.182.700 (2006)** gestiegen (+ 2,7 %)

Prognostizierter Verschuldungsgrad: **53,32 %** (gegenüber 66,82 % im Voranschlag 2005)

Schuldenstand – Vergleich 2005 und 2006

Sehr erfreulich ist die prognostizierte Entwicklung des Schuldenstandes: laut Voranschlag 2005 waren es € 13.430.700 ; Ende 2006 werden es laut Voranschlag € 11.473.600 sein

(Minus € 1.957.100, oder 14,57 %);

»Darin enthalten ist jedoch auch die Änderung der Finanzierung bei der LMS (von Kredit auf Leasing)«

Der prognostizierte **Schuldenstand pro Einwohner** sinkt damit von € 1.830 (Budget 2005) auf € 1.564, ein Minus von 14,5 %

Der **Schuldendienst**, also der Betrag, den wir im Jahr für Zinsen und Tilgung ausgeben, beträgt € 999.000 gegenüber € 1.106.700 (im Voranschlag 2005),

Bruttoüberschuss: fortlaufende Einnahmen von € 15.070.800 abzügl. fortlaufende Ausgaben von € 13.197.300 = Brutto € 1.873.500

Nettoüberschuss: Bruttoüberschuss € 1.873.500 abzügl. Zinsen und Tilgung € 999.000

= Netto € 874.500 (gegenüber € 549.500 im Jahr 2005)

Diese Zahl beschreibt die „frei verfügbaren Mittel“, die Steigerung zum Vorjahr beträgt 59,1 %

Trotz dieser **erfreulichen Kennzahlen** hat sich an meiner Feststellung vom letzten Jahr, dass wir uns den Handlungsspielraum für die Gemeinde durch viele kleine Schritte erarbeiten müssen, nichts geändert.

In einigen Bereichen waren wir schon erfolgreich, andere müssen noch folgen

Positive Beispiele:

Versicherungen – größerer Versicherungsschutz, kleinere Prämie

Telefonkosten: Gebühren konnten reduziert werden (Dank an Gemeindebediensteten)

ehemaliger Busparkplatz: billiger und jetzt auch für PKW nutzbar (+ Bewirtschaftung)

noch nicht gelungen:

bessere Verwertung, z.B. Weitervermietung, des Pendlerparkplatzes (Donau Chemie)

Einige Herausforderungen für 2006:

Freiwerdende Räume in der Volksschule bzw. ehem. Hasch als Herausforderung – inklusive einer einheitlichen Regelung für alle Vereine in Sachen Betriebskosten damit verbunden: Ganztagesbetreuung in der Hauptschule und allen Volksschulen

Nachdenken über eine **Immobilien-gesellschaft** für alle Gebäude der Gemeinde – Gesellschaftsform, in der die Gemeinde auch weiterhin alleine das „Sagen“ hat, die aber steuerliche Vorteile (MWST) bringt – derzeitige Situation ist ja unverständlich, dass wir z.B. für Gebäudesanierungen an unseren Schulen (+ z.B. Rathaus und Bauhof) nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind (im Gegensatz zum Altersheim etc.) – eine Änderung durch den Bund in diesem Bereich könnte die Investitionstätigkeit der Gemeinden deutlich anheben und einen wichtigen wirtschaftlichen Impuls setzen

Heiz- und Energiekosten

Die Leitungsverlängerung der TIGAS bis Landeck und das Interesse von Biomasse-Betreibern an Landeck sind ökologisch und finanziell für die Stadt interessant: derzeit verbrauchen wir rund 270.000 Liter Heizöl pro Jahr, bei den aktuellen Preissteigerungen sollte uns ein Umstieg auf Gas oder Biowärme herzlich willkommen sein

„Große Brocken“ im ordentlichen Haushalt:

Im Jahr 2006 ergibt sich ein eindeutiger **Schwerpunkt im Bau- bzw. Straßenbudget:**

Sanierung Maisengasse	130.000	Kreisverkehr Lantech	130.000
Strasse Ober- und Unterhöfe	150.000	Feuergasse	100.000
Wegabsenkung Uferstraße	30.000	Gehsteig Zottel/Müller	20.000

Erste Etappe in der Verbesserung der **Straßenbeleuchtung:** € 78.000

Fortsetzung der Sanierungen in den **Schulen und Kindergärten**, z.B. die WCs in der

VS Bruggen (€ 45.000); WC im KG Brixnerstraße (€ 15.000); Physiksaal in der Hauptschule (€ 10.000)

Schloss Landeck: dritte Rate € 50.000

Investitionen im Hinblick auf den **Energieverbrauch** werden fortgesetzt:

Rathaus: Abschluss des Fensteraustausches (€ 50.000)

Schwimmbad: Erweiterung der Solaranlage (€ 20.000)

Venet:

Der Venet bleibt auch heuer – und noch länger – einer der großen Brocken auf der Ausgabenseite, für 2006 sind Kosten in der Höhe von € 523.800,-- vorgesehen (2005 waren es

€ 495.500) – ein erfreuliches Zeichen ist hier die Bilanz für 2004/2005, wo ein Überschuss aus dem laufenden Betrieb in der Höhe von € 100.000 zu verzeichnen war – nach vielen Jahren des Abganges (2003/2004: + € 15.000)

AO-Haushalt:

- * € 160.000 für die Einrichtung bei der LMS (samt Musikkapelle) – die Einrichtung ist nicht Teil des Leasing-Vertrages
- * € 80.000 im Altersheim (Behinderten WC und 2 Zimmer sanieren)
- * € 500.000 für das Projekt Innparkplatz/Südabfahrt
- * € 350.000 Wohnbauprojekt Ober- und Unterhöfe (7 – 8 Reihenhäuser)
- * € 289.800 für die Wasserversorgung (Hochbehälter, Thialquelle und Leitungserneuerungen)
- * € 200.000 für den Kanal (Perjen und Perfuchs)

Das Budget 2006 ist ein sehr ambitioniertes und stellt auch an die MitarbeiterInnen im Haus (v.a. die Bauabteilung) große Anforderungen.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Finanzausschusses für die sehr sachliche und konstruktive Arbeit und bei Walter Gaim und seinem Team für die gute Unterstützung während des ganzen Jahres und besonders während der intensiven Phase der Budgetberatungen.

Vizebgm. Mag. Weiskopf berichtet, dass das Budget 2006 angenehmer sei als frühere. Bei den frei verfügbaren Mitteln gebe es einen Zuwachs von 59% und brauche man auch bei den Bedarfszuweisungen „keinen roten Kopf bekommen“. Im Finanzausschuss habe ein sehr gutes Klima geherrscht und konnten gute Kompromisse gefunden werden. Einige markante Punkte des vergangenen Jahres, welche auch fürs nächste Jahr von Bedeutung seien:

- Fertigstellung Bahnhof – Vorplatz; im nächsten Jahr werde in Zusammenarbeit mit der ÖBB der Kreisverkehr fertig gestellt
- Altenheim Landeck: 1. Phase vollendet – Fassade, hellere größere Zimmer; 2. Phase kann beginnen
- Schloss Landeck: 1. Etappe abgeschlossen – bisher nur positive Meldungen von Besuchern; Dank und Gratulation dem Bezirksmuseumsverein
- Landesmusikschule: Rohbau fertig – im Zeitplan; die freiwerdenden Räume müsse man geschickt nützen und Prioritäten setzen – Stadtbücherei, Ganztagesbetreuung
- Für Hundeklos € 2.500 vorgesehen – tolle Sache

Abschließend spricht er seinen Dank dem Finanzausschuss, dem Stadtkämmerer und seinem Team in der Finanzverwaltung aus und werde die SPÖ dem Voranschlag 2006 ihre Zustimmung geben.

GR-Ers. Mayer teilt mit, dass es heuer eine Sitzung weniger gegeben habe. Seinen Dank aussprechen möchte er dem Obmann des Finanzausschusses sowie Stadtkämmerer Walter Gaim seinen Dank aussprechen. Er sehe das Budget eher sachlich und habe er markante Punkte herausgegriffen wie

- Schulen und Kindergärten: Gesamtkonzept fehle – welche Wünsche, Mängel – müsse man Prioritäten setzen
- Landesmusikschule: Skepsis, ob man mit Betriebskosten auskomme
- Mietbeihilfen: Kontrollinstrument einführen
- Abt. Straßen: schon länger anstehende Projekte können durchgeführt werden
- Projekt Innparkplatz: erfreulich, dass es in Angriff genommen wird;
- Verkehrsleiteinrichtungen: lt. Ausschuss brauche man keine Fachleute sondern könne dies selbst machen
- Stadtmarketing € 5.000: hier müsse die Politik eine Grundsatzentscheidung treffen
- Venetbahn: Brandschutztechn. Maßnahmen
- Straßenbeleuchtung: hier bestehe Handlungsbedarf
- Positiv: Ertragsanteile

GR Mag. Leitl gibt nachstehenden Bericht zum Budget 2006 ab:

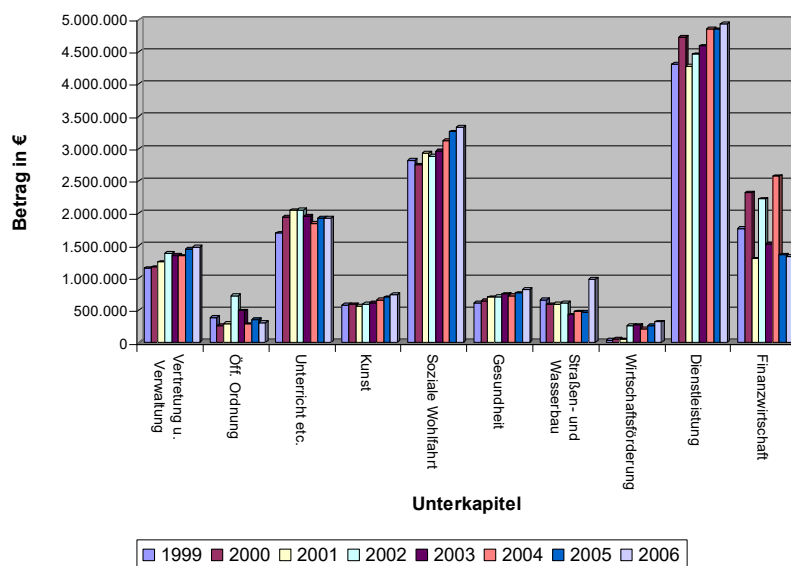
Geschätzter Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen das Stadt- und Gemeinderates, geschätzter Kämmerer!

Vorneweg, das vorliegende Budget ist wieder technisch gesehen einwandfrei und in Teilen gesehen auch mit positiven Ansätzen.

Es ist nur natürlich, dass gerade beim Budget verschiedene Menschen die einzelnen Positionen verschieden sehen und auch gewichten. Schon der Philosoph Friedrich Nietzsche war der Meinung, dass es viele Wahrheiten gibt und eigentlich niemand im Besitz der absoluten Wahrheit ist.

Schauen wir uns die einzelnen Unterkapitel nach ihrer Bedeckung an, merken wir eigentlich keine sehr großen Veränderungen, ein normales Budget demnach.

Ausgaben nach Unterkapiteln



Die Ausgaben für die Kapitel Vertretung und Verwaltung (Gr 0), Kunst (Gr 3), Soziale Sicherheit (Gr 4), Gesundheit (Gr 5), Straßen- und Wasserbau (Gr 6), Wirtschaftsförderung (Gr 7) und Dienstleistungen (Gr 8) steigen, die Ausgaben in den Kapiteln Öff. Ordnung (Gr 1) und Finanzwirtschaft (Gr 9) sinken, die Gruppe 2 Schulen und Kindergärten bleibt in etwa gleich.

Die Anstiege in den Kapiteln 0, 4, 5 und 7 sind jedoch hauptsächlich auf Lohnerhöhungen und Erhöhungen der Pflichtbeiträge zurückzuführen. Also sind das keine Erhöhungen, die auf Innovationen schließen lassen.

Im Kapitel 7 kann jedoch schon die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes für die Landwirtschaft hervorgehoben werden.

Deutlich hinterfragenswert ist der einmalige Zuschuss an die Venetbahn, wobei dieser gerechtfertigt erscheint, wenn tatsächlich strukturelle Verbesserungen gemacht werden.

Im Kapitel 8 sind die Bestrebungen Stadtrat Bocks zu einer Optimierung des Beleuchtungsnetzes besonders hervorzuheben und zu begrüßen. Hier wird auch der Gedanke des Energiesparens deutlich und somit die Vorbildwirkung der Gemeinde.

Der AAB begrüßt auch die Erhöhung des Budgets für die Instandhaltung der Spielplätze, zeigt dies doch, dass wir a) mehr öffentliche Spielplätze haben und dass b) diese auch genützt werden.

Nicht ganz nachvollzogen können von uns die Ausgaben für die Gestaltung des Vorplatzes des Vereinshauses werden (15.000,--). Hier gehört unserer Ansicht nach zuerst ein Konzept auf den Tisch, was wir in den nächsten Jahren mit dem Vereinshaus machen möchten.

Auf den ersten Blick erscheint das Budget des Kapitels Straßen- und Wasserbau sehr positiv.

Sicher positiv zu erwähnen ist hier die Initiative von Konrad Bock, die Maisengasse nun zu sanieren und dieses Vorhaben im Jahr 2006 komplett durchzuführen. Begrüßenswert sind auch die Ausgaben für den Wegausbau in Perfuchsberg und die Neugestaltung der Feuergasse.

Doch gerade in diesem Kapitel liegt ein entscheidender für das Budget negativer Punkt vor.

Es geht um den Punkt „Südabfahrt Innparkplatz“.

Der Straßen- und Wasserbauausschuss hat sich während der letzten Jahre immer wieder mit der Sanierung des Innparkplatzes mehr oder weniger intensiv beschäftigt. Der Punkt Südabfahrt wurde heuer einmal gestreift, in dem Konrad Bock die Schüler der HTL, die dazu ein verpflichtendes Projekt gemacht hatten, das Projekt vorstellen ließ.

Und doch scheint der Punkt, ohne dass es intensive Beratungen im offiziellen Bauausschuss gegeben hat, im ao.Budget mit € 900.000,-- innerhalb der nächsten 2 Jahre auf.

Diese Vorgangsweise ist eine Brückierung des Ausschusses und kann so nicht hingenommen werden. Noch dazu, wo gerade in diesem Punkt wichtige und entscheidende Beratungen notwendig wären.

Wir sind auch nicht mit der Entscheidung der SPÖ-Fraktion einverstanden, dass dem Wirtschaftsausschuss die geforderten € 50.000,-- gestrichen wurden. Dieses Geld wäre notwendig gewesen, um den Citymanager auf Schiene zu bringen und eventuell eine Frau oder einen Mann als Citymanagerin oder Citymanager ab September anzustellen. Die Beratungen wären von der Obfrau Waltraud Handle zügig angegangen worden, ein Jobprofil hätte im Frühjahr erstellt werden können. Gerade dem AAB ist dieser Punkt schon seit Jahren ein wichtiges und für Landeck zukunftsweisendes Anliegen, der AAB hat diesbezüglich auch bereits 2 Initiativanträge in der Vergangenheit gestellt.

Mit den bewilligten € 5.000,-- kann dieses Vorhaben daher so nicht realisiert werden und die SPÖ lässt wiederum wertvolle Zeit verstreichen in der Entwicklung Landecks!

Für den AAB ein weiterer entscheidender Punkt ist die Nicht-Komplett-Sanierung des Amtsgebäudes. Das Amtsgebäude in Landeck ist eine Energieschleuder, auch dann wenn die Fenster komplett getauscht werden. Es wird in den kommenden Jahren nicht leichter werden, das Amtsgebäude zu sanieren, wir hätten den Schwung dazu heuer nehmen sollen. Im Hinblick auf die drastisch gestiegenen Ölpreise wäre dieser Schritt nahezu zwingend notwendig gewesen. In diesem Punkt hoffe ich doch auch auf die Zustimmung vom StR Jenewein, der Energiesparen ja auch in der letzten Ausgabe des Blickpunkt vehement gefordert hat!

Ebenso wäre es eigentlich schon für das Jahr 2005 zu erledigen gewesen, das Sanierungskonzept für die Hauptschule Landeck. Der Direktor bemängelt mit recht die dunklen düsteren Gänge, die alten abgetretenen Stiegen und die oft beschämenden Räumlichkeiten.

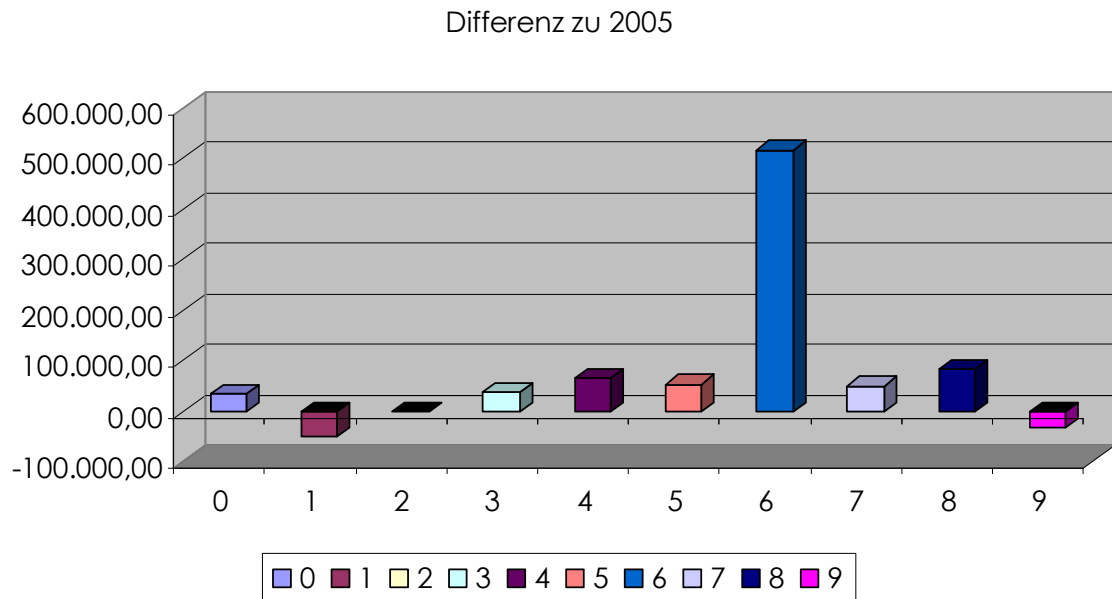
Gewiss, wir machen auch dank des Einsatzes vom Ausschussobmann Vizebgm. Weiskopf in der Hauptschule wieder etwas. Aber mit dem Ausmalen der Gänge wird es nicht getan sein!

Neue freundliche Lampen, in einer fröhlichen hellen Farbe gestrichenen Türen, Verwendung von hellem Holz in den dunklen Gängen, Vieles wäre zu tun.

Wir fordern daher schon jetzt die Erstellung eines Sanierungskonzeptes für die Hauptschule Landeck, allein auch schon um einen Beitrag zu Steigerung der Attraktivität dieser Schule zu leisten. Der Direktor und die Lehrerinnen und Lehrer leisten auf pädagogischem Gebiet ihren Beitrag ohnehin! Einen diesbezüglichen Antrag lege ich dem Gemeinderat im Anschluss vor.

Nun noch einige Details aus dem Budget, die einen kleinen durch Grafiken unterstützten Überblick zum Budget geben.

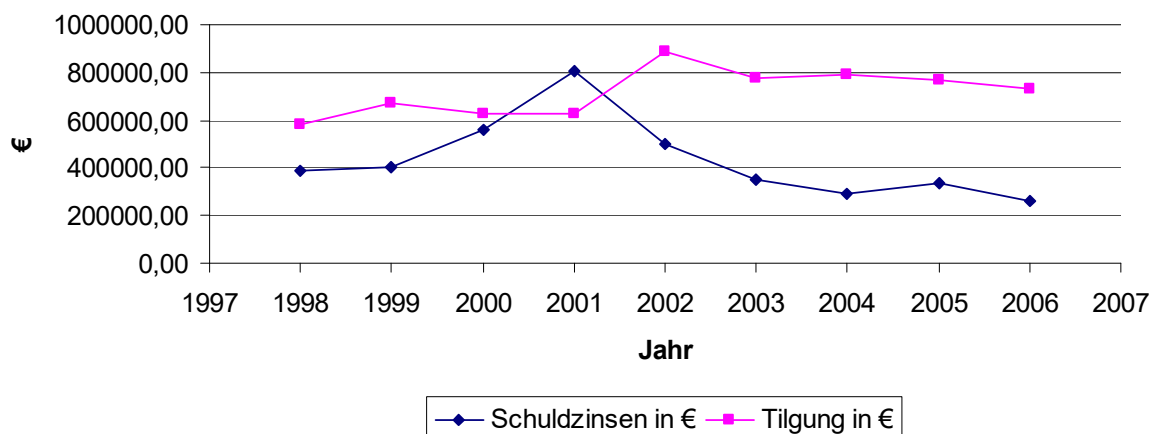
Wie schauen eigentlich die Veränderungen zum letzten Jahr aus?



Dieses Diagramm untermauert das erste Diagramm und macht deutlich, wie und wo die Unterschiede zum letzten Jahr liegen. Aus diesem Diagramm geht schon hervor, dass versucht wurde zumindest eine Priorität zu setzen, was allerdings durch die eher mageren Bau- und Wasserbudgets der letzten Jahre mehr als notwendig war.

Wie schaut der Zinsen- und Tilgungsdienst aus?

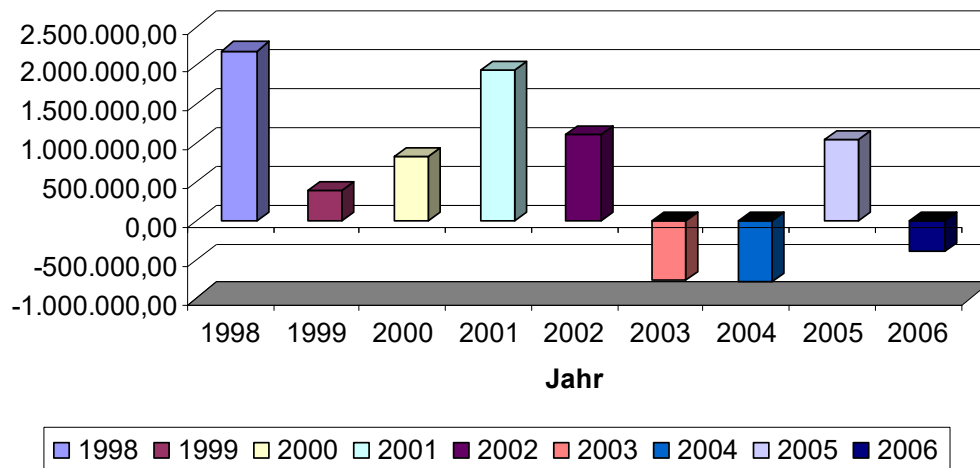
Vergleich Zinsen zu Tilgung



Die Schere zwischen Tilgung und Zinsen passt, auch wenn hier die Tilgung etwas zurückgehen wird im Vergleich zum Vorjahr.

Interessant ist die Neuverschuldung.

Neuverschuldung in €



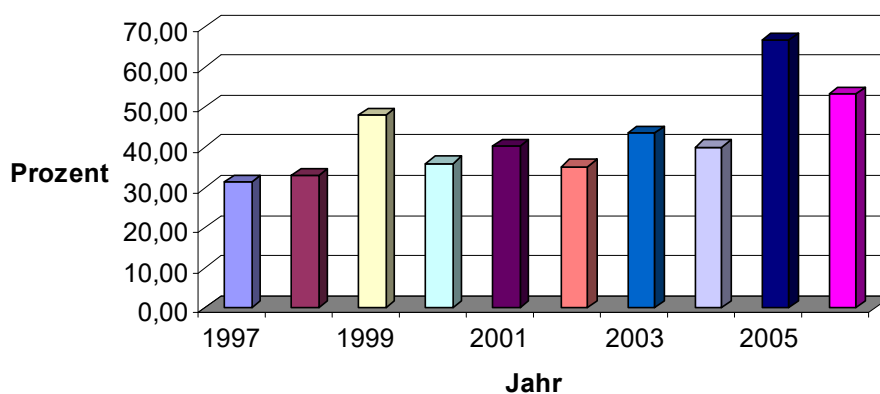
Der Schuldenstand am Anfang des Jahres scheint höher zu sein, als am Ende des Jahres, d.h. Landeck hat keine Neuverschuldung im laufenden Jahr.

Wir dürfen dabei aber nicht übersehen, dass der Neubau der Landesmusikschule über eine Leasingvariante finanziert wird. Daher schlägt sich diese gewaltige Investition nicht im Schuldenstand der Stadt Landeck zu Buche, die Raten sind aber gleich zu zahlen, wie bei einer Kreditvariante. Die Leasingvariante ist durchaus eine erprobte Finanzierungsvariante, die Vorteile bringt, wie sie der Stadtkämmerer genau ausgerechnet hat.

Wir dürfen dabei jedoch nicht übersehen, dass Landeck sehr wohl aus dem laufenden Budget die Leasingraten zu bezahlen hat.

Wie schaut der Verschuldungsgrad aus?

Verschuldungsgrad 1997 - 2006

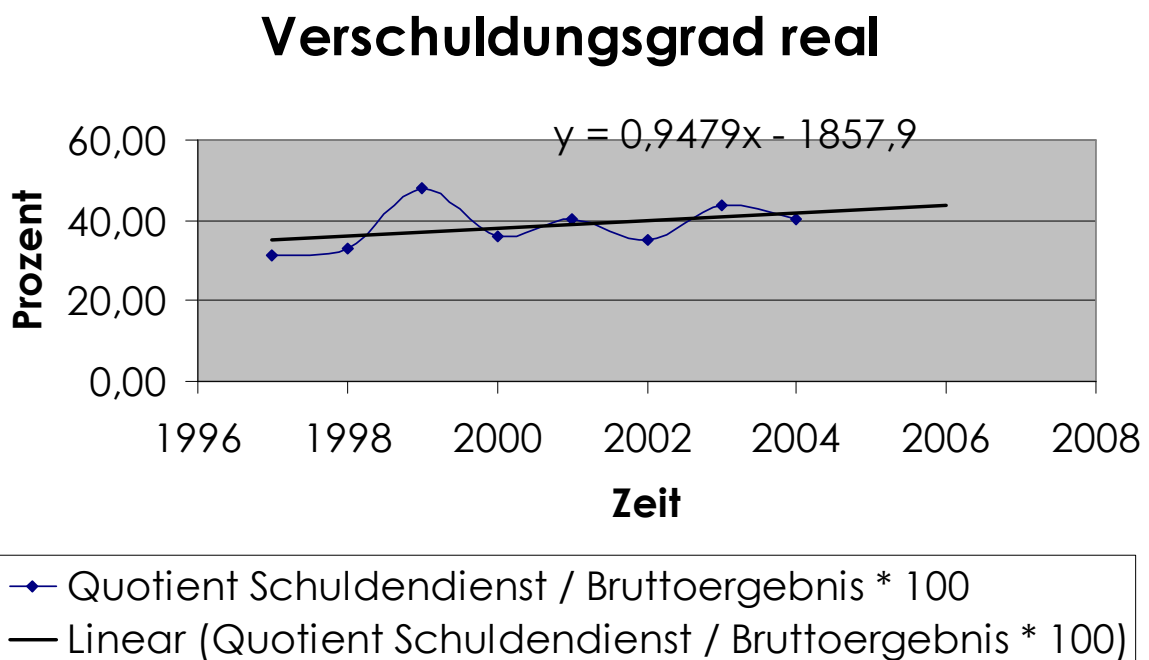


Da wir keine neue Verschuldung haben, sinkt auch der Verschuldungsgrad. Aber auch hier sei die Leasingvariante erwähnt, diese verzerrt das Bild etwas.

Die Entwicklung des Verschuldungsgrades habe ich neu berechnet. Mit in die Berechnung aufgenommen wurden nur die gesicherten realen Verschuldungsgrade, das heißt nur jene Wert bis zum Jahr 2004. Das Jahr 2005 kann ja noch nicht miteinbezogen werden, da wir den Jahresabschluss noch nicht haben.

Auf Basis dieser Werte ergibt sich doch ein realistisches Bild von der Entwicklung, wobei für das Jahr 2006 der reale Wert eher unter der errechneten Trendlinie liegen wird.

Dies basiert auf meinen Aussagen von vorhin.



Das heißt, für das Jahr 2006 wird eher ein Wert von ca. 40 % zu erwarten sein, also der Wert des Jahres 2004.

Abschließend möchte ich betonen, das vorliegende Budget kann so genommen werden.

Wir vom AAB-Landeck haben jedoch andere Vorstellungen, die ich versucht habe heraus zu arbeiten.

Für uns wären Amtsgebäude, Citymanager, Sanierung der Hauptschule Landeck und das klare Bekenntnis zur Sanierung des Innparkplatzes für das kommende Jahr die wichtigen und auch zukunftsweisenden Akzente im Budget gewesen. Weiters gehört es für uns doch auch zum korrekten Umgang mit der Minderheit, wenn so große Vorhaben, wie es die Südabfahrt ist, im dafür zuständigen Ausschuss beraten werden und dann in die Budgetplanung einfließen. Hier möchte ich doch Fairness der SPÖ gegenüber der Minderheitsfraktion einfordern!

Nach intensiven Beratungen hat der Ausschuss des AAB-Landeck am Montag, dem 12.12.2005 beschlossen, das vorliegende Budget aus den von mir herausgearbeiteten Gründen abzulehnen.

Ich möchte mich nun zum Schluss beim Stadtkämmerer Walter Gaim für die offene Diskussionsbereitschaft und Unterstützung in vielen Fragen während des gesamten Jahres bedanken!

Ebenso bedanke ich mich beim Finanzstadtrat Mag. Manfred Jenewein für die angenehme Führung der Sitzungen des Finanzausschusses.

Abschließend ersucht er, nachstehenden Antrag des AAB an den zuständigen Ausschuss weiterzuleiten.

Der AAB-Landeck stellt folgenden Antrag an den Gemeinderat::

Die Hauptschule Landeck entspricht schon lange nicht mehr den heutigen Standards für Schulbauten. Düstere Gänge, nicht zeitgemäße Räume, dunkle Türen, abgetretene Stiegen um nur einiges zu nennen.

Umbauten bzw. Sanierungen sollten wohl durchdacht und überlegt sein, Synergien sind aus Kostengründen zu suchen.

Der AAB stellt daher den Antrag, dass im Jahr 2006 ein Sanierungskonzept für die Hauptschule Landeck erstellt wird, das die Grundlage für die Generalsanierung bilden kann.

Der AAB ersucht um die Überweisung des Antrages an den zuständigen Ausschuss.

Der Vorsitzende erklärt zum Antrag des AAB, dass Ing. Moschen einen Auftrag habe, sämtliche Gebäude zu beurteilen und Prioritäten zu setzen und dies dann im Ausschuss behandelt werde.

Vizebgm. Mag. Weiskopf teilt mit, dass im Frühjahr die Schulen und Kindergärten über deren Wünsche im kommenden Jahr angeschrieben werden und dies dann im Ausschuss behandelt werde.

GR Dr. Hochstöger zeigt sich erfreut über die steigenden Ertragsanteile. Hier sei ein Trend nach oben zu beobachten und würde man sich dadurch dann doch leichter tun. In diesem Budget werde man nicht so große Brocken finden wie im vergangenen. Man dürfe auch nicht vergessen, dass man auch das Leasing zurückzahlen müsse. Mit der Einführung von Immobiliengesellschaften würde man sich leichter tun, aber auch dann könne man nicht alles auf einmal machen. Das Controlling, wie es beim Altenheimumbau gegeben habe, würde ihm beim Klösterle abgehen und würde er es gut finden, dieses wenn möglich begleitend noch einzuführen. Ein wesentlicher Punkt für Landeck sei die Citypassage und sei bis dahin die Abfahrt zu schaffen. Auch die Renovierung der Feuergasse und die Einführung von Hundeklos könne er nur be-

grüßen. Abschließend teilt er mit, dass die FPÖ diesem Voranschlag zustimmen werde und bedankt sich beim Finanzausschuss, Stadtkämmerer Walter Gaim und seiner Abteilung für die Arbeit und Beratung während des ganzen Jahres.

StR Bock teilt mit, dass viele Dinge schon genannt worden seien. Die Steigung der Ertragsanteile sei positiv, jedoch würden die eigenen Steuern nach wie vor Sorgen bereiten. Die Einführung von Immobiliengesellschaften befinde er für gut, jedoch müsse man immer darauf schauen, dass man in den eigenen Gebäuden noch das Sagen habe und die Stadt unabdingbaren Zugriff habe. Vielleicht könne man auch Synergien mit anderen Gemeinden zB der Gemeinde Zams finden und sich dabei Geld zu sparen. Die Bevölkerungsentwicklung werde uns in nächster Zeit noch sehr beschäftigen, sei es bei Schulen, im Sozialbereich, Straßenbereich (jetzt wo klar sei, wo die Tigas-Hauptleitung verlaufe, könne man Projekte in Angriff nehmen wie Maisengasse, Innparkplatz). Ein Wehrmutstropfen sei für ihn der Rausflug der Wärmedämmung beim Amtsgebäude und hoffe er, dass dies im nächsten Jahr möglich sei. Die Tiwag sei vom Servicevertrag ausgestiegen und sei hier ein neuer Partner zu finden. Abschließend teilt er mit, dass die ÖVP dem Voranschlag 2006 ihre Zustimmung geben werde.

GR Mag. Jenewein erklärt, dass auch er gerne die Wärmedämmung des Amtsgebäude, Renovierung der Schulen usw. hätte, aber könne man nicht alles auf einmal machen. Er teilt anschließend mit, dass der MFI-Plan Teil des Voranschlages sei und macht er den Vorschlag, über diesen gemeinsam mit dem Voranschlag 2006 abzustimmen

StR Bock weist darauf hin, dass dies bisher immer anders gehandhabt wurde – über den Voranschlag wurde abgestimmt und der MFI-Plan lediglich zur Kenntnis genommen.

Es wird beschlossen, die bisherige Vorgangsweise beizubehalten und ergeben sich bei der folgenden Abstimmung für den Voranschlag 2006 17 Pro und eine Gegensestimme.

Abschließend bedankt sich der Vorsitzende beim Finanzreferenten, dem Finanzausschuss sowie beim Stadtkämmerer Walter Gaim und seinen Mitarbeitern.

Der mittelfristige Finanz- und Investitionsplan 2007-2008 liegt vor und wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Pkt. 5) der TO.: **Antrag des Stadtrates**

Der Vorsitzende verliest nachstehenden Antrag des Stadtrates:

Vergabe Fischereipacht

Mit 31.12.2005 endet das Pachtverhältnis für das Fischerei-Revier E/60 mit dem Pächter Robert Schrott.

Auf Grund der Ausschreibung sind drei Bewerbungen eingelangt. Diese werden diesem Antrag als Beilage angeschlossen.

Die finanziellen Bedingungen der Bewerber lauten wie folgt:

1. Hans Götsch, Leitenweg 35, 6500 Landeck, jährlicher Pachtzins € 3.400,--.
2. Helmut Plaseller, Thialmühle 1, 6500 Landeck. Das Angebot von Plaseller lautet wie folgt:

Als Pacht für die ersten drei Jahre wird von Herrn Plaseller pro Jahr € 4.500,-- und für die letzten zwei Jahre die angebotenen € 7.000,-- vorgeschlagen. Die Besatzmaßnahmen werden auf Kosten des Pächters durchgeführt.

Auf Grund der Ausschreibung wird ein Zuschuss der Stadtgemeinde Landeck erwartet.

Auf Grund einer Nachfrage durch den Bürgermeister am 09.12.2005 erklärte der Bewerber Plaseller, dass er für die ersten drei Jahre des Pachtvertrages € 4.500,-- anbiete, für die restlichen zwei Jahre € 7.000,--.

3. Christoph Zangerl, Malserstraße 39, 6500 Landeck, Pachtzins für das Jahr 2006 und 2007 je € 500,--, für das Jahr 2008 € 2.000,--, für das Jahr 2009 € 4.500,-- und für das Jahr 2010 € 7.000,--.

Vorstellung über Besatzzuschuss durch die Stadtgemeinde Landeck für das Jahr 2008 € 1.500,--, für das Jahr 2009 € 1.500,-- und für das Jahr 2010 € 1.500,--.

Alle drei Bewerber erfüllen die Voraussetzungen gemäß § 11 Abs. 2 des Tiroler Fischereigesetzes.

Auf Grund der angebotenen Pachtzinsvorschläge beantragt der Stadtrat, die Vergabe der Fischerei-Pacht für die Jahre 2006 bis 2010 an Helmut Plaseller, Thialmühle 1, 6500 Landeck zu folgendem Pachtzins: 2006/2007/2008 je € 4.500,-- und 2009/2010 je (Anmerkung: während der GR-Sitzung wurde festgestellt, dass an diesem Punkt im Antrag das JE fehlt und wird es unmittelbar mitaufgenommen) € 7.000,-- vorzunehmen.

Im Übrigen gelten die Bedingungen, wie sie auch für den Vorpächter Schrott gegolten haben (Wertsicherung, etc.).

GR Dr. Höchstöger möchte in diesem Zusammenhang dem ehem. Pächter, Robert Schrott, den Dank für die hervorragend geleistete Arbeit, welche sicher über das übliche Maß hinausgegangen sei, aussprechen. Weiters bereite es im Sorgen, dass Jahreskarten nach 2010 für die Bevölkerung nicht mehr erschwinglich sein werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es von Herrn Plaseller eine schriftliche Erklärung gebe, dass in den nächsten fünf Jahren keine Erhöhung stattfinden werde. Bisher habe man von Herrn Schrott immer eine Liste mit den Jahreskarten-Besitzern bekommen und werde man dies auch sicher in Zukunft so handhaben können. Abschließend möchte sich der Vorsitzende dem ehem. Pächter seinen Dank für die hervorragende und gewissenhafte Arbeit bedanken.

GR Dr. Hochstöger bekräftigt, dass er sich für die Zeit nach 2010 Sorgen mache.

Für diesen Antrag ergeben sich sodann 16 Prostimmen und 2 Gegenstimmen.

Pkt. 6) der TO.: **Anträge des Bau- und Wasserausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Konrad Bock, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Bau- und Wasserausschusses:

a) **Verpflichtungserklärung – Felssicherung Prandtauerweg**

Im August 2004 kam es im Hangbereich unterhalb der Lochbödelesiedlung zu einem Felsbruch, bei dem ein ca. 100 kg schwerer Stein auf die bergseitige Außenmauer des Hauses Windisch stürzte.

Bei einer darauf hin durchgeführten Begehung mit der Wildbachverbauung wurde die Abbruchstelle als auch das umliegende Steilgelände begutachtet. Es wurde dabei festgestellt, dass der gesamte Hangbereich mit einzelnen Felspassagen durchsetzt ist, welche aus verwittertem und losem Schiefergestein bestehen.

Die Wildbachverbauung hat darauf hin ein geologisches Gutachten in Auftrag gegeben und ein Verbauungsprojekt ausgearbeitet. Laut Mitteilung von Ing. Huber Mathias hat man sich für die Errichtung eines 3 m hohen und ca. 100 m langen Steinschlagschutzzaunes entschieden, welcher oberhalb der Häuser Windisch, Freina und Gadermayer errichtet werden soll.

Die Kosten dieses Schutzzaunes werden mit € 162.500,-- beziffert, wobei die Stadt Landeck einen 25%-tigen Kostenbeitrag, d.s. € 40.625,-- zu leisten hat. Diese Beitragsleistung soll mit der Unterfertigung der vorgelegten rechtsverbindlichen Erklärung gemeindeseits akzeptiert werden. Die Errichtung des Schutzzaunes erfolgt nach Rücksprache bei der Wildbachverbauung im Frühjahr 2006.

Nachdem diese Beitragsleistung im Budget 2006 veranschlagt ist, wird der Gemeinderat um Fassung des formellen Beschlusses zur Anerkennung des 25%-tigen Kostenbeitrages ersucht.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat mit 17 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung nicht anwesend war GR Mag. Leitl.

b) Ausbaggerung Inn/Sanna

Durch das heurige Hochwasserereignis kam es im Bereich der Sanna und im Einmündungsbereich des Inns zu großen Auflandungen in den Bachbetten. Nachdem diese Auflandungen den Abflussquerschnitt stark reduziert haben und somit bei einem neuerlichen Hochwasser eine größere Überflutungsgefahr bestand, begann die Flussbauverwaltung unverzüglich mit der Räumung der beiden Flussläufe. Die Kosten dieser Maßnahmen werden dabei zu 60 % vom Bund, zu 30 % vom Land und zu 10 % von der betroffenen Gemeinde finanziert.

Das Baubezirksamt Imst hat der Stadtgemeinde Landeck nunmehr eine Verpflichtungserklärung über diesen 10 %-tigen Beitrag zur rechtsverbindlichen Unterfertigung vorgelegt. Demnach werden die Gesamtkosten zur Behebung der Hochwasserschäden Sanna mit € 1.250.000,-- beziffert (nach telefonischer Rücksprache mit DI. Kropfisch sind in diesem Betrag auch die Räumarbeiten am Inn unterhalb der Sanneinmündung enthalten). Für die Stadt Landeck ergibt sich somit eine Gesamtbeitragssumme in Höhe von € 125.000,--. Diese Kosten werden wiederum auf drei Jahre aufgeteilt wobei zu Beginn der Bauarbeiten eine Anzahlung in Höhe von € 50.000,-- zu überweisen ist.

Die Beitragsleistung für das Jahr 2006 wurde bereits im nächstjährigen Budget sichergestellt.

Für diesen Antrag ergibt sich sodann Einstimmigkeit.

c) Grundverkauf – Pircher Gerhard

Gerhard Pircher hat bei der Stadtgemeinde Landeck um die käufliche Überlassung von zwei Flächenteilstücken aus der öffentlichen Wegparzelle Gp. 1226/17 im Bereich seines Wohnhauses in der Prandtauersiedlung (Leitenweg 65) angesucht.

Nach einer durchgeführten Besichtigung hat sich der Bau- und Wasserausschuss mehrmals mit diesem Ansuchen befasst und beantragt den Verkauf der gewünschten Fläche (ca. 77 m²) im Bereich der Grundstückszufahrt zu folgenden Bedingungen.

- Der Grundpreis beträgt € 150,-/m².
- Für dieses Rechtsgeschäft gelten die allgemeinen Grundverkaufsbedingungen der Stadt Landeck (sämtliche Kosten gehen zu Lasten des Grundkäufers usw.).
- Die Dienstbarkeit des bestehenden, städtischen Abwasserkanales ist grundbücherlich sicherzustellen.

Den Verkauf der gewünschten Teilfläche bergseitig des Wohnhauses hat der Bauausschuss abgelehnt. Diese Fläche soll weiterhin beim öffentlichen Gut bleiben.

Der Gemeinderat wird hiermit um Ausscheidung der zu veräußernden Teilfläche aus dem öffentlichen Gut für Straßen und Wege (Gp. 1226/17) sowie um Verkauf derselben an Gerhard Pircher im Sinne dieses Antrages ersucht.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 7) der TO: **Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmannstellverteter des Planungs- und Verkehrsausschusses, GR Dipl.-Ing. Pfenniger, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge des Planungs- und Verkehrsausschusses:

a) **Örtliche Raumordnung: Bebauungsplanänderung Steinlechner, Bruggfeldstraße**

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 30. November 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, den Entwurf zur Änderung des Allgemeinen und Ergänzenden Bebauungsplanes „A25/E1-Ä1 BRUGGEN 3 – Steinlechner“ (gemäß §56 Abs. 3 TROG 2001), betreffend der Gp. 294 sowie den Bpn. 991/1 und 991/2 gemäß §65 ff TROG 2001, durch vier Wochen hindurch zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen und – falls innerhalb dieser Auflagefrist keinerlei Stellungnahme einlangen – zu beschließen.

Dem Bebauungsplanentwurf liegt der Erläuterungsbericht und die planliche Darstellung des Stadtbauamtes Landeck zugrunde, in dem die Bebauungsbestimmungen festgeschrieben sind.

StR Bock fragt an, ob eine Übereinstimmung zwischen den beiden Nachbarn gegeben sei, worauf GR Dipl.-Ing. Pfenniger mitteilt, dass er davon ausgehe, da die Bauvorhaben untereinander bekannt seien.

In Folge wird dieser Antrag vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

b) **Behandlung Stellungnahmen Widmungsänderung Campingplatz Huber**

Der Gemeinderat der Stadt Landeck hat in seiner Sitzung vom 22. September 2005 die Auflage der Flächenwidmungsplanänderung für den Bereich Campingplatz Huber, Ortteil Bruggen, beschlossen:

Die beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes war in der Zeit vom 19. Oktober 2005 bis 24. November 2005 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt und wurde während dieser Frist von Frau Susanne Huber, vertreten durch RA Dr. Martin Fiel, eine Stellungnahme abgegeben.

Stellungnahme: „**Stellungnahme zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Ortsteil Bruggen; Susanne Huber**“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Sie bereits wissen, hat Susanne Huber mich mit der Wahrung ihrer Interessen beauftragt, weshalb zur geplanten Änderung des Flächenwidmungsplanes im Ortsteil Bruggen folgende Stellungnahme abgegeben wird:

- *Vorweg ist darauf hinzuweisen, dass Susanne Huber als Eigentümerin der Bp .347 das immerwährende, unentgeltliche und unbeschränkte Recht des Gehens und Fahrens über eine an ihr Grundstück angrenzende Teilfläche des Bp .346 zukommt. Der Verlauf der fünf Meter breiten Dienstbarkeitstrasse kann dem Vermessungsplan vom 10.03.1988, GZ 16565/88, entnommen werden. Zudem steht ihr das immerwährende Recht des Gehens und Fahrens über Bp .225/1 (hinsichtlich der in der Vermessungsurkunde eingezeichneten Fläche) zu, beschränkt auf ihre Fahrzeuge und die Fahrzeuge ihrer Angehörigen, der Hausbewohner des Betriebs und Lieferanten. Der von dieser Dienstbarkeit betroffene Teil des GST .225/1 kann ebenfalls dem genannten Plan entnommen werden.*

Diese Dienstbarkeiten dürfen durch die zukünftige Erschließung des Planungsgebietes nicht eingeschränkt werden.

In der zusammenfassenden Stellungnahme des Stadtbauamts heißt es, dass die zur Erschließung notwendige Verkehrsfläche angedeutet dargestellt werde. Sollte die im Übersichtsplan 1:1000 vom 22.09.2005 mit Punkten versehene Fläche die Verkehrserschließung darstellen, so ist darauf hinzuweisen, dass eine wesentlich größere Verkehrsfläche benötigt werden wird, weil alleine die Dienstbarkeitsstraße fünf Meter breit ist und - wie oben bereits erwähnt - das Recht meiner Mandantin, darauf zu gehen und zu fahren, in keiner Weise beeinträchtigt werden darf.

Zur Beurteilung des Projekts bzw. der Umwidmung ist es notwendig, bereits jetzt die zur Erschließung des Planungsgebietes tatsächlich erforderliche Zufahrt bzw. Verkehrsfläche realistisch darzustellen. Entgegen der Stellungnahme des Stadtbauamtes ist eine ausreichende verkehrsmäßige Erschließung derzeit nicht gegeben.

- *In der Stellungnahme des Stadtbauamtes heißt es weiter, dass „die Fortsetzung auf der gegenüberliegenden Straßenseite“ sinnvoll erscheine und auch angestrebt werden solle. Bei der Nutzung und Ausgestaltung dieses Freiraumes solle sowohl den sozialen Bedürfnissen der umliegenden Bevölkerung Rechnung getragen als auch die Anforderungen der Betriebe hinsichtlich Kundenparkplätze erfüllt werden.*

Weil nicht auszuschließen ist, dass mit der „gegenüberliegenden Straßenseite“ GST 374/1 gemeint ist, welches ebenfalls im Eigentum meiner Mandantin steht, wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass sie nicht die Absicht hat, ihr Grundstück für Kundenparkplätze der neu entstehenden Betriebe oder sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Es muss die Aufgabe der jetzigen Projektbetreiber sein, selbst für eine ausreichende Anzahl von Parkplätzen zu sorgen, wobei die Liegenschaft meiner Mandantin nicht in Betracht kommen kann.

- *Bei der Planung ist weiters zu berücksichtigen, dass dem Vater meiner Mandantin, Hans-Robert Huber, hinsichtlich GST 319/3 das Vorkaufsrecht zukommt.*

*Mit freundlichen Grüßen
Dr. Martin Fiel“*

Antrag: Ablehnung der Stellungnahme

Begründung: Im ersten Punkt der Stellungnahme wird auf das bestehende Recht des Gehens und Fahrens zu Gunsten der Antragstellerin hingewiesen. Im gegenständlichen Änderungsplan ist eine geplante Verkehrsfläche eingetragen. Diese zukünftige öffentliche Verkehrsfläche deckt sich mit dem oben erwähnten Recht, weshalb mit einer Verbesserung der Zufahrtssituation für die Antragstellerin zu rechnen ist. Die exakte Abgrenzung der Erschließung kann erst erfolgen, wenn Projektsentwürfe für das Planungsgebiet vorliegen. In den dann notwendigen Bebauungsplänen können mittels Straßenfluchtlinien die vielfältigen Erschließungserfordernisse (Anbindung an die Bundesstraße, innere Erschließung, Radweg, Holzbringung, ...) sichergestellt werden.

Die im zweiten Punkt der Stellungnahme angesprochene Grundparzelle 374/1 ist von der gegenständlichen Umwidmung nicht betroffen.

Das eingetragene Vorkaufsrecht hinsichtlich der Grundparzelle 319/3 wird durch die Flächenwidmungsplanänderung nicht berührt.

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 30. November 2005 wird vom Planungs- und Verkehrsausschuss beantragt, die obige Stellungnahme abzulehnen und die nachstehende Umwidmung

Grundparzelle	Umwidmung von	in
.220	Sonderfläche Campingplatz	Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
.221	Freiland	Wohngebiet §38 Abs. 1
.223	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1
.224	Allgemeines Mischgebiet	Kerngebiet § 40 Abs. 3 Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
.225/1	Sonderfläche Campingplatz	Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
.225/2	Sonderfläche Campingplatz	Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6

.392	Allgemeines Mischgebiet	Kerngebiet § 40 Abs. 3 Sonderfläche Stadtplatz Bruggen § 43 Abs. 1 lit. a
.346	Allgemeines Mischgebiet	Kerngebiet § 40 Abs. 3 Sonderfläche Stadtplatz Bruggen § 43 Abs. 1 lit. a
.818	Sonderfläche Campingplatz	Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
.980	Allgemeines Mischgebiet	Sonderfläche Stadtplatz Bruggen § 43 Abs. 1 lit. a
1267/1 (Teilfläche)	Freiland	Kerngebiet § 40 Abs. 3
1267/33 (Teilfläche)	Freiland	Wohngebiet §38 Abs. 1
1267/60	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1 Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
1785	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1 Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
1805 (Teilfläche)	Freiland	Wohngebiet §38 Abs. 1 Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6 Kerngebiet § 40 Abs. 3 Sonderfläche Stadtplatz Bruggen § 43 Abs. 1 lit. a
319/1	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1 Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
319/3	Sonderfläche Campingplatz	Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
321	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1
322	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1
323	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1
324	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1
325/1	Sonderfläche Campingplatz	Wohngebiet §38 Abs. 1 Allgemeines Mischgebiet eingeschränkt auf Wohnungen gem. §40 Abs. 6
328	Allgemeines Mischgebiet	Sonderfläche Stadtplatz Bruggen § 43 Abs. 1 lit. a
.346 (Teilfläche)		Geplante Verkehrsfläche §53 Abs. 1
.225/1 (Teilfläche)		Geplante Verkehrsfläche §53 Abs. 1

zu beschließen.

Der Flächenwidmungsplanänderung liegen der Änderungsplan und die Stellungnahmen des Stadtbauamtes zugrunde.

GR Dipl.-Ing. Pfenniger erläutert, dass StR Ing. Wolf nochmals mit dem Rechtsanwalt von Frau Huber gesprochen habe, und sei es in dieser Stellungnahme nur darum gegangen, die Verkehrsfläche zu sichern. GR Dipl.-Ing. Pfenniger fügt hinzu, dass das Recht des Gehens und Fahrens in keiner Weise beeinträchtigt werde.

StR Bock teilt mit, dass die ÖVP diesem Antrag zustimmen werde, da es sich um die Stellungnahme handle, wohlgemerkt jedoch, dass sie dem Stadtplatz, welcher ihrer Meinung nach nicht zielführend sei, weiterhin nicht die Zustimmung erteilen können.

GR Mag. Leitl teilt mit, dass auch der AAB seine Zustimmung zum Antrag geben werde. Er könne jedoch Frau Huber und deren Bedenken verstehen, werde es doch in naher Zukunft in ihrer Umgebung massive Änderungen geben. Es sei ein Fehler der Ausschussführung, Frau Huber nicht mit einzubinden und seien seine beiden Vorbringen diesbezüglich im Planungsausschuss abgelehnt worden.

Abschließend wird dieser Antrag vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Pkt. 8) der TO.: **Antrag des Sozial- und Wohnungsausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Sozial- und Wohnungsausschusses, StR Hubert Niederbacher, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag an den Gemeinderat:

Der Sozial- und Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seiner Sitzung v. 01.12.2005 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben und wird der Gemeinderat um nachträgliche Beschlussfassung ersucht:

die 3-Zi-Wohnung Urichstraße 57, Top 6 (nach Nisters) im Tauschwege an

Gustav STACHOWITZ, Landeck, Lötzweg 29 und

die nach Stachowitz freiwerdende 2-Zi-Wohnung im Lötzweg 29 an

Herbert PIRSCHNER, Landeck, Pax-Siedlung 21.

Mit vorliegenden Wohnungsvergaben erklärt sich der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 9) der TO.: **Anträge, Anfragen und Allfälliges**

- a) StR Bock fragt den Vorsitzenden, ob es bereits eine Summe über die Hochwasserschäden der Stadtgemeinde gäbe und ob ein Antrag beim Gemeindeausgleichsfond (GAF) gestellt worden sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er leider keine Zahlen wisse. Dies habe Stadtkämmerer Walter Gaim gemacht und sei er sich sicher, dass ein entsprechender Antrag an den GAF gestellt sei. Es wird vereinbart, dass der Vorsitzende StR Bock diesbezüglich informiert.

- b) StR Bock macht darauf aufmerksam, dass die Stauden beim Bahnhofskreisverkehr bis an den Rand reichen würden und sei dies eine enorme Gefahr im Einfahrtbereich. Diese sollten zurückgenommen werden, sodass eine sichere Einfahrt in den Kreisverkehr gewährleistet werden könne. Die Gemeinde habe hier zwar keine Entscheidungsgewalt, aber vielleicht könne man ja etwas unternehmen.
- c) GR Mag. Leitzl teilt mit, dass die Bevölkerung von Landeck es als Mangel befände, dass es keine Sperrmüllsammlungen (da Wertstoffhof) mehr gebe. Der AAB-Landeck stelle hiermit einen Antrag zur Wiederaufnahme von Sperrmüllsammlungen und ersuche er, den Antrag an den entsprechenden Ausschuss weiterzuleiten.
- d) Der Vorsitzende gratuliert Vizebgm. Ing. Helmut Waltle zur Verleihung des Titels Kommerzialrat sowie GR Dr. Martin Hochstöger zum abgeschlossenen Doktoratsstudium. Abschließend möchte der Vorsitzende sich beim Bezirksmuseumsverein unter Obfrau GR Eva Lunger für die hervorragende Veranstaltung „Advent im Schloss“ bedanken.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG!